



☐ vertraulich

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden
Mitglied des Stadtrates
Katharina Ringler

Landeshauptstadt Dresden
Der Oberbürgermeister

GZ: (DOB)

Datum: 01. JUNI 2026

Arbeitspapier zu Kürzungen in Leistungsgesetzen
AF1340/26

Sehr geehrte Frau Ringler,

Ihre oben genannte Anfrage beantworte ich wie folgt:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
am 20. April 2026 veröffentlichte der Paritätische Gesamtverband ein internes Arbeitspapier von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden unter dem Titel „Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen“¹. Da die Landeshauptstadt Dresden Mitglied im sächsischen Städte- und Gemeindetag ist und auch aus Sachsen entsprechende Kürzungsvorschläge genannt werden, bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1) Inwiefern war die Landeshauptstadt Dresden an der Erarbeitung dieses Arbeitspapier beteiligt gewesen bzw. ist aktuell beteiligt? Ich bitte um Nennung aller beteiligten Akteure und die jeweilige Funktion.“
- 2) „Welche Rolle spielte der ehemalige Finanzminister Hartmut Vorjohann in der Erarbeitung entweder in direkter Form oder in beratender Form für die Landeshauptstadt Dresden? Sollte er in einem Auftragsvertrag für die Landeshauptstadt agiert haben, bitte ich um Darlegung des Inhalts, der Dauer und der finanziellen Entschädigung des Auftrags.“

Die Fragen werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam wie folgt beantwortet:

Nach Informationen durch den Deutschen Städtetag wurde das Vorschlagsbuch im Rahmen der durch das Bundeskanzleramt geführten "AG Effektiver Ressourceneinsatz" mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesländer und Kommunalen Spitzenverbände erarbeitet. In dieser Arbeitsgruppe im Bundeskanzleramt hat kein Vertreter und/oder keine Vertreterin der Landeshauptstadt Dresden oder ein von der Landeshauptstadt Dresden hierzu beauftragter Dritter mitgewirkt.

¹ https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/paritaetischer_drohender-kahlschlag-2026.pdf

Im Zuge der Gremienarbeit des Deutschen Städtetag (DST), beispielsweise dem Ausschuss für Soziales, Jugend und Familie (Mitglied: Frau Dr. Kaufmann) werden für die Kommunen wichtige sozialpolitische Reformthemen wie bspw. SGB II, SGB V, SGB IX, SGB XII etc.) letztmalig im März 2026 fachlich erörtert und in Arbeitsgruppen thematisch vertieft.

3) „Inwiefern hat der sächsische Städte- und Gemeindetag den Inhalt mit seinen Mitgliedern und insbesondere mit der Landeshauptstadt Dresden abgestimmt?“

Eine Abstimmung zwischen dem Sächsischen Städte- und Gemeindetag zum Vorschlagsbuch hat mit der Landeshauptstadt Dresden nicht stattgefunden. Nach meiner Kenntnis hat auch der Sächsische Städte- und Gemeindetag nicht an der Erarbeitung des Vorschlagsbuches mitgewirkt.

4) „Wie bewerten Sie den Inhalt des Arbeitspapiers hinsichtlich Zumutbarkeit für die Zielgruppen, Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Qualitätssicherung in der Kinder- und Jugendarbeit? Bitte nehmen Sie zusätzlich zu einer Gesamtbewertung detailliert Stellung zu folgenden Vorschlägen:

Regelungsbereich I – Kinder- und Jugendhilfe

a. Vorschlag 1.d: Pooling bei Schulbegleitungen

Regelungsbereich II - Eingliederungshilfe

b. Vorschlag 6.b: Sonderregelungen zur Versorgung, Unterbringung und Betreuung minderjähriger Ausländer (uma)

c. Vorschlag 22.a: Kinderbetreuung

d. Vorschlag 24.a: Keine neuen Ausgaben [auch EGH]

e. Vorschlag 21a und 21b: Pflegebedürftige in besonderen Wohnformen

Regelungsbereich I und II

f. Vorschlag 24.a und 24.b: Keine neuen Ausgaben“

5) „Inwiefern betrachten Sie die Vorschläge im Einklang mit der Einhaltung der UN-Konvention für Menschen mit Behinderung?“

Die Fragen werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam wie folgt beantwortet:

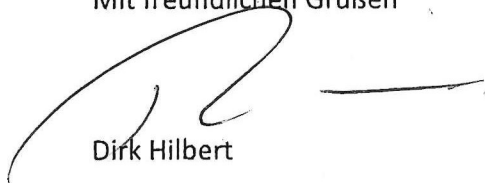
Die Entwicklung der Sozialausgaben in den letzten Jahren (insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe und Eingliederungshilfe) gefährdet die Leistungsfähigkeit der öffentlichen/kommunalen Haushalte. Nicht zuletzt mit Blick auf die allgemeine wirtschaftliche Lage und die damit einhergehend schwache Einnahmeentwicklung der öffentlichen Hand sind gesetzliche Änderungen aus unserer Sicht unumgänglich.

Zu unveröffentlichten und inzwischen überholten Arbeitsständen nimmt die Landeshauptstadt Dresden grundsätzlich im Detail keine Stellung.

- 6) „Welche Strategie verfolgt die Landeshauptstadt Dresden zur Einhaltung bestehender Rechtsansprüche in den Bereichen Soziales, Jugend und KITA in Zeiten der angespannten Haushaltslage? Wie sichert die Landeshauptstadt Dresden die Qualität der bestehenden Ansprüche?“

Der Oberbürgermeister wird dem Stadtrat einen Haushaltsentwurf für 2027 und 2028 vorlegen, der trotz der äußerst schwierigen Rahmenbedingungen versuchen wird alle Pflichtaufgaben der Kommune finanziell ausreichend auszustatten.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'D' followed by a horizontal line.

Dirk Hilbert